



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
20. Dezember 2019

Vierundsiebzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 98 gg)

Allgemeine und vollständige Abrüstung: Durchführung des Übereinkommens über Streumunition

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 12. Dezember 2019

[*aufgrund des Berichts des Ersten Ausschusses (A/74/368)*]

74/62. Durchführung des Übereinkommens über Streumunition

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen [63/71](#) vom 2. Dezember 2008 über das Übereinkommen über Streumunition und [70/54](#) vom 7. Dezember 2015, [71/45](#) vom 5. Dezember 2016, [72/54](#) vom 4. Dezember 2017 und [73/54](#) vom 5. Dezember 2018 über die Durchführung des Übereinkommens,

erneut ihre Entschlossenheit bekundend, ein für alle Mal das Leiden und Sterben zu beenden, das durch Streumunition im Zeitpunkt ihres Einsatzes verursacht wird, wenn sie nicht wie vorgesehen funktioniert oder wenn sie aufgegeben wird,

unter Missbilligung der jüngsten Einsätze von Streumunition, die Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben, und mit der Aufforderung an diejenigen, die Streumunition weiter einsetzen, alle derartigen Tätigkeiten sofort einzustellen,

in dem Bewusstsein, dass Streumunitionsrückstände Zivilpersonen, einschließlich Frauen und Kindern, töten oder verstümmeln, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter anderem durch den Verlust der Existenzgrundlagen behindern, die Wiederherstellung und den Wiederaufbau nach Konflikten beeinträchtigen, die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen verzögern oder verhindern, sich nachteilig auf nationale und internationale Bemühungen um die Schaffung von Frieden und um humanitäre Hilfe auswirken können und noch Jahre nach Einsatz der Munition weitere schwerwiegende Folgen nach sich ziehen,

besorgt über die Gefahren, die von den großen einzelstaatlichen Streumunitionsbeständen ausgehen, die für einen operativen Einsatz zurückbehalten werden, und entschlossen, deren rasche Vernichtung sicherzustellen,



in Anbetracht der Auswirkungen von Streumunition auf Frauen, Männer, Mädchen und Jungen sowie in Anbetracht dessen, wie wichtig es ist, dass die betreffenden Staaten den Opfern von Streumunition angemessene, geschlechter- und altersgerechte Hilfe leisten,

überzeugt von der Notwendigkeit, auf wirksame, aufeinander abgestimmte Weise tatsächlich zur Bewältigung der Herausforderung beizutragen, die auf der ganzen Welt befindlichen Streumunitionsrückstände zu räumen und deren Vernichtung sicherzustellen,

im Bewusstsein der Notwendigkeit einer angemessenen Koordinierung der Anstrengungen, die in verschiedenen Gremien unternommen werden, einschließlich im Rahmen des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen¹, um auf die Rechte und Bedürfnisse der Opfer verschiedener Arten von Waffen einzugehen, und entschlossen, Diskriminierung unter den Opfern verschiedener Arten von Waffen zu vermeiden,

in Bekräftigung dessen, dass in Fällen, die von dem Übereinkommen über Streumunition oder anderen internationalen Übereinkünften nicht erfasst sind, Zivilpersonen und Kombattanten unter dem Schutz und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts verbleiben, wie sie sich aus feststehenden Gebräuchen, aus den Grundsätzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens ergeben,²

erfreut über die Schritte, die in den letzten Jahren auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene mit dem Ziel des Verbots, der Beschränkung oder der Aussetzung des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Streumunition unternommen worden sind, sowie in dieser Hinsicht erfreut darüber, dass seit 2014 alle zentralamerikanischen Staaten dem Übereinkommen beigetreten sind und somit das von ihnen angestrebte Ziel, die erste von Streumunition freie Region der Welt zu werden, erreicht haben,

unter Betonung der Rolle des öffentlichen Gewissens bei der Förderung der Grundsätze der Menschlichkeit, erkennbar am weltweiten Ruf nach einem Ende des Leidens von Zivilpersonen, das durch Streumunition verursacht wird, und in Anerkennung der diesbezüglichen Anstrengungen der Vereinten Nationen, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der Koalition gegen Streumunition (Cluster Munition Coalition) und zahlreicher anderer nichtstaatlicher Organisationen weltweit,

feststellend, dass dem Übereinkommen insgesamt 121 Staaten beigetreten sind, davon 107 als Vertrags- und 14 als Unterzeichnerstaaten,

sowie feststellend, dass sich das Inkrafttreten des Übereinkommens 2020 zum zehnten Mal jähren wird, und betonend, dass die Bemühungen, dem Übereinkommen weltweite Geltung zu verschaffen, durch weitere Anstrengungen beschleunigt werden müssen,

Kenntnis nehmend von der Initiative des Generalsekretärs „Unsere gemeinsame Zukunft sichern: eine Abrüstungsagenda“, insbesondere Teil III mit dem Titel „Abrüstung zur Rettung von Leben“,

¹ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2515, Nr. 44910. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2008 II S. 1419; öBGBI. III Nr. 155/2008, Nr. 105/2016; AS 2014 1119.

² Ebd., Vol. 2688, Nr. 47713. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2009 II S. 502; LGBI. 2013 Nr. 196; öBGBI. III Nr. 82/2010; AS 2012 5385.

sowie Kenntnis nehmend von der Erklärung von Dubrovnik von 2015³ und dem Aktionsplan von Dubrovnik⁴, die auf der vom 7. bis 11. September 2015 in Dubrovnik (Kroatien) abgehaltenen ersten Überprüfungskonferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über Streumunition verabschiedet wurden,

ferner Kenntnis nehmend von der politischen Erklärung, in der 2030 als Zieldatum für die Erfüllung aller individuellen und kollektiven ausstehenden Verpflichtungen nach dem Übereinkommen festgelegt wurde und die auf dem vom 5. bis 7. September 2016 in Genf abgehaltenen sechsten Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über Streumunition unter dem Vorsitz der Niederlande im Konsens verabschiedet wurde⁵,

unter Begrüßung des Dialogs, den der deutsche Vorsitz des siebenten Treffens der Vertragsstaaten mit Staaten aufgenommen hat, die nicht Vertragsstaaten des Übereinkommens sind, darunter der Dialog auf Militärebene, um den Beitritt aller Staaten zu dem Übereinkommen zu unterstützen, und in Anerkennung der Hilfe, die betroffene Länder über das Konzept der Landeskoalition dabei erhalten können, ihre Verpflichtungen nach dem Übereinkommen zu erfüllen,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den erzielten Fortschritten bei der vollständigen und wirksamen Durchführung des Übereinkommens und gleichzeitig in dem Bewusstsein der bedeutenden Herausforderungen, die bis zur Erreichung dieses Ziels noch bevorstehen,

aner kennend, wie wichtig die volle Mitwirkung sowie gleiche Chancen für die sinnvolle Beteiligung von Frauen wie Männern an Abrüstungsprozessen, Grundsatz- und Programmatscheidungen in Verbindung mit dem Übereinkommen sind,

1. *fordert* alle Staaten, die dem Übereinkommen über Streumunition² nicht angehören, *nachdrücklich auf*, sich ihm so bald wie möglich durch Ratifikation oder Beitritt anzuschließen, und fordert alle Vertragsstaaten, die dazu in der Lage sind, nachdrücklich auf, durch bilaterale, subregionale, regionale und multilaterale Kontakte, Informationstätigkeiten und andere Mittel auf den Beitritt zu dem Übereinkommen hinzuwirken;

2. *betont*, wie wichtig die volle und wirksame Durchführung und Einhaltung des Übereinkommens ist, so auch durch die Umsetzung des Aktionsplans von Dubrovnik⁴;

3. *bekundet ihre ernste Besorgnis* über die Zahl der Vorwürfe, Berichte oder dokumentierten Beweise betreffend den Einsatz von Streumunition in verschiedenen Teilen der Welt, die damit verbundenen Opfer unter der Zivilbevölkerung und anderen Auswirkungen, die die Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung beeinträchtigen;

4. *fordert* alle Vertragsstaaten *nachdrücklich auf*, dem Generalsekretär die in Artikel 7 des Übereinkommens verlangten Informationen vollständig und fristgerecht zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Transparenz und die Einhaltung des Übereinkommens zu fördern;

5. *bittet alle Staaten*, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben beziehungsweise ihm noch nicht beigetreten sind, auf freiwilliger Basis Informationen bereitzustellen, die der Räumung und Vernichtung von Streumunitionsrückständen und damit zusammenhängenden Aktivitäten größere Wirksamkeit verleihen könnten;

6. *wiederholt* die Bitte an die Staaten, die nicht Vertragsstaaten des Übereinkommens sind, sich an einem anhaltenden Dialog zu Fragen von Belang für das Übereinkommen

³ CCM/CONF/2015/7 und CCM/CONF/2015/7/Corr.1, Anhang I.

⁴ Ebd., Anhang III.

⁵ CCM/MSP/2016/9, Anhang I.

zu beteiligen, um dessen humanitäre Wirkung zu erhöhen und seine weltweite Geltung zu fördern, sowie einen Dialog auf Militärebene aufzunehmen, um konkrete Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit Streumunition anzugehen;

7. *erneuert ihre Einladung und Aufforderung* an alle Vertragsstaaten, interessierten Staaten, die Vereinten Nationen, sonstige einschlägige internationale Organisationen oder Einrichtungen, regionale Organisationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Koalition gegen Streumunition und andere einschlägige nichtstaatliche Organisationen, an den bevorstehenden offiziellen Treffen im Rahmen des Übereinkommens teilzunehmen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die zweite Überprüfungskonferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über Streumunition einzuberufen und weiterhin die erforderliche Hilfe zu gewähren und diejenigen Dienste bereitzustellen, die notwendig sind, damit er die ihm nach dem Übereinkommen und den einschlägigen Beschlüssen der Treffen der Vertragsstaaten und der ersten Überprüfungskonferenz übertragenen Aufgaben wahrnehmen kann;

9. *fordert* die Vertragsstaaten und die Teilnehmerstaaten *auf*, Fragen zu behandeln, die sich aus ausstehenden Beiträgen ergeben, darunter Möglichkeiten, wie die tragfähige Finanzierung aller offiziellen Treffen sowie die zügige Bezahlung der jeweiligen Anteile an den geschätzten Kosten sichergestellt werden können;

10. *beschließt*, den Unterpunkt „Durchführung des Übereinkommens über Streumunition“ unter dem Punkt „Allgemeine und vollständige Abrüstung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundsiebzigsten Tagung aufzunehmen.

*46. Plenarsitzung
12. Dezember 2019*